

KRM Aufruf zum 19.02.2021

Für ein friedliches Miteinander! Gedenken an den Terroranschlag von Hanau am 19.02.2020

Heute gedenken wir den Opfern des Terroranschlags in Hanau vor genau einem Jahr. Am 19.02.2020 erschoss ein rechtsradikaler Täter zehn Menschen und verletzte viele weitere zum Teil schwer. Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen und Überlebenden, die jäh aus ihren Lebenszusammenhängen gerissen wurden.

Der Terroranschlag von Hanau ist nicht der erste in unserem Land. Er reiht sich ein in eine lange Liste von gewalttätigen und mörderischen Angriffen in unserem Land gegen Migranten, die häufig Muslime sind.

Gerade hat das Bundesinnenministerium festgestellt, dass Übergriffe gegen Muslime und muslimische Einrichtungen in Deutschland trotzdem auch im vergangenen Jahr erneut zugenommen haben. Mindestens 900 islamfeindliche und antimuslimische Straftaten gegen Muslime und Moscheen wurden von den Behörden in 2020 bundesweit registriert.

Es fällt mittlerweile sehr schwer an all die Taten zu erinnern, die traumatische Ereignisse für einen Teil der Bevölkerung sind, der sich mehr und mehr im Stich gelassen fühlt.

Anschläge auf Migranten, auf Juden, auf Sinti und Roma, auf Muslime und andere Minderheiten richten sich nicht nur gegen Einwanderer in Deutschland, sondern sind Anschläge auf die gesellschaftliche und politische Ordnung unseres Landes. In diesem Sinne gelten sie jedem, der sich für ein friedliches Zusammenleben in der Gesellschaft einsetzt, wie wir auch schmerzlich an der Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Lübcke, erfahren mussten. Diese rassistischen, fremden- und muslimfeindlichen Angriffe und deren Täter möchten das Zusammenleben der Menschen verschiedener Religionen in unserem Land zerstören.

Die Motivation der Täter ist rassistischer Fremdenhass, aber die Opfer dieser Angriffe sind keine Fremden. Sie sind Menschen aus unserer Mitte.

Diese Angriffe geschahen und geschehen nicht in luftleerem Raum, sondern sind vielmehr Resultate unsäglicher Debatten und gezielter Spaltungen, durch die sich die Täter nicht nur in ihrem Hass und ihrer Affinität zu Gewalt gerechtfertigt fühlen, sondern ihrem Verständnis nach sogar aufgefordert werden zu handeln.

Deshalb ist es von großer Bedeutung, dass die Verwendung von Sprache verantwortlich geschieht, insbesondere von den politischen Akteuren.

Daneben ist in einer demokratischen Gesellschaft und in einem Rechtsstaat die Aufklärung von Straftaten von großer Bedeutung für den gesellschaftlichen Frieden.

Daher sollte der Staat wirksam gegen Terroristen ermitteln, aufklären und nach vorliegenden Ergebnissen die Hintergründe öffentlich machen sowie wirkliche,

strukturelle und personelle Konsequenzen ziehen. Die Täter und ihre Hintermänner aus Institutionen und Organisationen sollen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen werden. Diese Haltung schulden wir den Opfern und ihren Hinterbliebenen.

In diesem Zusammenhang erinnern wir an diverse Anschläge und Attentate, die bis heute nicht adäquat aufgeklärt wurden, wie zum Beispiel der Fall Jalloh in Sachsen-Anhalt oder auch die erheblichen Herausforderungen bei der ungenügenden Aufklärung der NSU Mordserie.

Gleichzeitig macht uns die wachsende Sensibilität der politischen Entscheidungsträger für die zunehmende Fremdenfeindlichkeit und Islamfeindlichkeit in unserem Land Hoffnung. Wir begrüßen die Entscheidung der Bundesregierung nun Schritte zur Bekämpfung des antimuslimischen Rassismus durch die Einberufung eines Expertenkreises einzuleiten. Ebenso machen uns die beschlossenen Maßnahmen der Bundesregierung gegen den wachsenden Rechtsextremismus (89 Maßnahmen) Mut und Hoffnung.

Wir tragen alle die gemeinsame Verantwortung, aus diesen mörderischen Taten Lehren zu ziehen und gleichzeitig zu verhindern, dass eine Kultur des Verdrängens oder der Verharmlosung entsteht.

Hanau 19.02.2021

Initiator des Aufrufs:

Koordinationsrat der Muslime in Deutschland

Unterstützer des Aufrufs:

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)

Christlich Muslimische Friedensinitiative CMFD

Pax Christi - Deutsche Sektion e.V.

Stiftung gegen Rassismus

Regionale Unterstützer des Aufrufs:

Bund Türkischer Vereine in München (Münih Türk Dernekler Birliđi MTDB)

Initiativforum türkischer Vereine und Verbände in Köln und Umgebung (KIT)

Angefragte Institutionen:

Allianz für Weltoffenheit

Türkische Gemeinde in Deutschland

Internationaler Versöhnungsbund

Zentralkomitee der Katholiken in Deutschland

Zentralrat der Juden